

DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg.

SPD

» AUS DEM BUNDESTAG:
WER MACHT DIE ARBEIT?

» AUS DEM LANDTAG:
„DIE GEFAHREN DURCH
RECHTSTERRORISMUS
WURDEN ZU LANGE
UNTERSCHÄTZT“



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Lars Klingbeil sagte kürzlich: Markus Söder sei ein Standortrisiko für Bayern. Das stimmt und das bekamen auch wir in Nürnberg kürzlich zu spüren. Das Aus des ICE-Ausbesserungswerkes ist eine Katastrophe für unseren Wirtschaftsstandort und die Verkehrswende. Mitschuld sind laut Insidern der EVG auch Söder und OB König, deren Unterstützung fehlte.

„Not in my backyard“ (dt.: Nicht in meinem Garten) ist nicht unser Leitmotiv. Weil wir die Zukunft gestalten wollen. Wir als SPD wissen: für die sozialökologische Transformation benötigen wir Infrastruktur wie ein solches Werk, Windräder und nachhaltige Industriebetriebe.

Denn uns geht es - nicht nur um den 1. Mai herum - auch in Zukunft darum, gute Arbeitsplätze bei uns in der Region zu halten und zu schaffen.

Während andere nur Reden und Bremsen, treten wir an fürs Machen: Energiewende, Verkehrswende, soziale Politik für Dich. Dafür stehen wir. Im Mai und vor allem auch im Oktober.

Viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe!

Euer

Nasser Ahmed



WIR TREIBEN'S AUF DIE SPITZE

DER WASSERTURMS DES VOLKSBADES

von CHRISTIAN VOGEL

Die Sanierung des Volkshauses schreitet zügig voran. Alle drei bestehenden Becken sind schon neu gegossen und wir beginnen mit dem Einbau der neuen Technik. Das wird ein echtes Bäderschmuckstück in Nürnberg und weit darüber hinaus! Von Seiten der Bevölkerung wurde parallel dazu vielfach der Wunsch an mich und die Projektgruppe Volkshaus herangetragen, dass mit der Revitalisierung des Volkshauses auch der Wasserturm als Teil des Volkshauses wiedererrichtet werden sollte. Die Projektgruppe Volkshaus hat deshalb ein Architekturbüro damit beauftragt, zu prüfen, ob eine Wiedererrichtung möglich wäre und wie die hoch Kosten dafür wären. Denn im Zuge der Revitalisierung des Volkshauses sollte der Stumpf des Turms lediglich neu verputzt werden, da er für den Badebetrieb nicht notwendig ist.

Der Turm des Volkshauses:
Gestern, heute, morgen?

Der Wasserturm mit seinen beiden Wassertanks war zur Eröffnung des Volkshauses 1914 integraler Bestandteil des Bades und für dessen Funktion von enormer Bedeutung. Aber nicht nur technisch, auch städtebaulich war der Turm wichtig: So setzte er einen Startpunkt der Rothenburger Straße am Plärrer und war architektonisch an die runden Haupttürme der Nürnberger Stadtmauer angelehnt.

Der Wasserturm würde das Volkshaus sichtbar machen

Grundsätzlich – so unser Wunsch und die Planung der Architekten – soll der Turm äußerlich in seiner ursprünglichen historischen Form wieder hergestellt werden. Der wiedererrichtete Turm würde mit dann 38 Metern um 15 m höher sein als jetzt und das Volkshaus wieder in seiner ursprünglichen Form »

erfahrbar machen. Die Leuchtturmfunktion des Volksbadturms am Plärrer würde damit wieder weitgehend hergestellt. Derzeit ist das Volksbad nicht mehr in der Stadtsilhouette sichtbar; durch das Planetarium auch nicht vom nahen Plärrer. Mit dem Turm könnte er weither erkennbar und wieder stadtbildprägendes Element werden. Die Wiedererrichtung des Wasserturms würde die städteplanerische Adressbildung, die das Volksbad für Gostenhof bewirken soll, deutlich unterstützen; dies ebenso wie die Aufwertung des gesamten Umfelds. Zudem würde er einen ganz besonderen Multifunk-

Patenschaft Turmuhr ab 50.000€
mehr Infos ...

tionsraum für den Stadtteil bieten. Dieser entstünde im oberen Teil des Turmes und kann für Stadtteiltreffen oder Feiern genutzt werden. Die Gesamtkosten für den Turm liegen bei netto rund 1,7 Millionen Euro.

Die Sponsoringaktion holt die Bürgerschaft mit ins Boot

Wie gesagt ist der Turm im Rahmen der Revitalisierung des Volksbads nicht enthalten und kann aus förderrechtlicher Sicht auch nicht einbezogen werden. Von Seiten der Stadt Nürnberg ist eine Finanzierung des Turmes nicht möglich. Deshalb haben wir eine Sponsoringaktion gestartet, um alle

Bürger*innen und natürlich auch Unternehmen mit ins Boot zu holen, damit der Volksbad-Turm auch wirklich wiederkommt. Unser Ziel ist es, 1 Million Euro damit einzunehmen. Ich hoffe sehr, dass dies bis zum 30. Juni 2023 gelingt. Der Betrag zeigt natürlich schon die große Herausforderung. Ich habe nun aber die Hoffnung, dass Unternehmen und die Bürgerschaft aus ihrer oft geäußerten Sympathie für dieses historische Ensemble nun auch Taten folgen lassen. Außer der Bürgerschaft würde die Regierung von Mittelfranken dankenswerterweise die Baumaßnahme mit einer Förderung unterstützen. Ende Juni wissen wir dann, ob der Turm Realität werden kann. Wichtig ist mir,

Kasten Turmbier ab 50€
mehr Infos ...

dass der städtische Eigenanteil auf das absolute Minimum begrenzt bleibt. Im Juli entscheidet dann der Werkausschuss Nürnberg-Bad, ob der Turm realisiert wird.

Turmuhr oder Turmbier: Jede Spende zählt!

Kernstück unserer Aktion ist die Internetseite treibsaufdiespitze.de auf der zum Beispiel Patenschaften für einzelne Teile des Turms, etwa für ein Fenster oder eine Turmuhr, übernommen werden können. Auch für kleinere Beträge gibt es ein Dankeschön wie eine grafisch gestaltete Unterstützerkarte oder das „Gostenhofer Turm-Bier“ von Schanzenbräu, das schon jetzt der Renner ist. Toll ist, dass wir ganz viele prominente Unterstützer*innen haben. Von unserer Renate Schmidt über Peter Althof zu Schwimmweltmeister Taliso Engel.

Schaut Euch die Seite treibsaufdiespitze.de an und helft mit für den Volksbad-Turm. Ihr könnt natürlich auch überweisen auf:

NürnbergBad
Sparkasse Nürnberg
IBAN: DE05760501010005209135
Swift (BIC): SSKNDE77XXX

Macht mit, damit hinterlasst Ihr den kommenden Generationen ein neues Wahrzeichen für Gostenhof.

von OSKAR BRABANSKI

Der 1. Mai ist international als Tag der Arbeit bekannt und wird von vielen Ländern als Feiertag anerkannt. Dieser Tag hat seine Wurzeln in der Arbeiterbewegung und dient als Erinnerung an den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und Arbeitsrechte.

Im Jahr 1886 gingen in den USA Tausende von Arbeitern auf die Straße, um für den Acht-Stunden-Arbeitstag zu demonstrieren. Bei den Protesten in Chicago kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Arbeiter*innen und der Polizei, bei denen mehrere Menschen starben. Diese Ereignisse führten schließlich zur Anerkennung des 1. Mai als internationaler Feiertag der Arbeiterbewegung.

Der 1. Mai ist ein Tag, um die Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu feiern und um sich für eine gerechtere Gesellschaft einzusetzen, in der Arbeitnehmerrechte geschützt sind und Arbeit fair entlohnt wird. Es ist ein Tag, um sich zu erinnern, dass die Rechte und Freiheiten, die wir heute genießen, durch die Opfer und Kämpfe unserer Vorfahren erkämpft wurden, und dass wir immer noch daran arbeiten müssen, eine gerechtere Zukunft zu schaffen.

Traditionell organisiert der DGB am 1. Mai zahlreiche Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen in verschiedenen Städten Deutschlands – auch in Nürnberg, traditionell eine der größten Maikundgebungen Deutschlands. Unter dem diesjährigen Motto „Ungebrochen Solidarisch“ wird dabei für eine gerechtere Gesellschaft und bessere Arbeitsbedingungen demonstriert. Als Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA) der SPD stehen wir solidarisch Seite an Seite mit dem DGB und unterstützen dessen Forderungen!

Die Auswirkungen der aktuellen Krisen konnten bereits durch eine Erhöhung des Mindestlohns, durch die Energiepreisbremse sowie die Einführung des Bürgergelds abgemildert werden. Auch viele gute Tarifabschlüsse der Einzelgewerkschaften haben gezeigt, dass sich die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft auszahlt und Beschäftigte mit Tarifvertrag deutlich besser gestellt sind als ohne.

Ungebrochen solidarisch heißt aber auch: Wir können und müssen gemeinsam mehr erreichen!

Im Zuge der Energie- und Klimakrise können – und dürfen – wir uns nicht leisten, dass Beschäftigte dafür die Zeche zahlen. Ungebrochen solidarisch heißt: Wenn Unternehmen davon profitieren wollen, müssen sie sich auf



RAUS ZUM ERSTEN MAI – DIESES JAHR ERST RECHT!

die Sicherung von Beschäftigung verpflichten. Keine Standortvorteile ohne Standorttreue. Das ist unsere Lösung. Deutschland muss ein Paradebeispiel für eine nachhaltige, soziale und gerechte Transformation werden. Das bezieht mit ein, konsequent in die Qualifizierung und Weiterbildung der Beschäftigten zu investieren.

Ungebrochen Solidarisch heißt auch: Beschäftigte müssen die Arbeitswelt mitgestalten können, über zukunftsweisende Tarifverträge genauso wie über Mittel der betrieblichen Mitbestimmung.

Ungebrochen Solidarisch bedeutet aber nicht zuletzt, dass die Krise nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden kann. Die Vermögensungleichheit wächst und gerade Menschen im mittleren und unteren Einkommensbereich sowie Rentner*innen, Studierende, Auszubildende und Erwerbslose leiden besonders unter den hohen Energie- und Lebensmittelkosten. Daher ist die Forderung nach einer Vermögenssteuer wichtig und richtig, ebenso wie eine Gewinnabschöpfungssteuer für besonders hohe Einkommen.

All dem trägt auch unser Leitantrag „Fachkräfte sichern – Wohlstand erhalten“ Rechnung, denn wir als Nürnberger SPD sind uns einig: Um den Standort Nürnberg zu stärken und Fachkräfte zu gewinnen und zu erhalten, braucht nicht nur gute Bildung und Weiterbildung, sondern auch gute Arbeit: Mit Tarifvertrag, mit betrieblicher Mitbestimmung.

Der 1. Mai ist für den DGB und uns als SPD also ein Tag des Engagements und der Solidarität, an dem sich Gewerkschaften, Arbeitnehmer*innen, sowie politische Gruppen für ihre Rechte und Interessen einsetzen und gemeinsam für eine bessere Zukunft kämpfen.

Und dass dieser Kampf gerade in Nürnberg wichtig ist, zeigen die aktuellen Entwicklungen: Erst die Schockwelle über die Schließung zweier Filialen von Galeria-Karstadt-Kaufhof, die zu großen, solidarischen Protesten durch Beschäftigte, Gewerkschaften und die Stadt Nürnberg geführt hat. Dann die nächste Meldung: Schöller plant die Schließung seines Verwaltungsstandorts in Nürnberg, was den Verlust 150 guter, tariflich abgesicherter Arbeitsplätze bedeutet.

Ungebrochen solidarisch heißt auch für uns: Wir stehen Seite an Seite mit den Beschäftigten und werden kämpfen, um die Schließung zu verhindern! Denn es kann nicht sein, dass ein Unternehmen, welches hohe Profite einfährt, die Rendite durch Tarifrückstufung auf Kosten seiner Beschäftigten noch weiter steigern will.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir als Sozialdemokrat*innen am 1. Mai gemeinsam mit Gewerkschaften, Arbeitnehmer*innenvertretungen, Arbeitnehmer*innen und allen, die für ein solidarisches Miteinander kämpfen, auf die Straße gehen und Flagge zeigen: **Wir sind ungebrochen Solidarisch!**

QUER DURCHS LAND FÜR 49 EURO – DAS DEUTSCHLANDTICKET IST DA!



Das Deutschlandticket kommt!

SPD Soziale Politik für Dich.

FÜR ALLE. FÜR DICH.

AB 1. MAI 2023

Ein Ticket für den gesamten Nah- und Regionalverkehr in ganz Deutschland.

Start am 1. Mai – zu kaufen ab 3. April hier:

- » Website und App der Bahn
- » DB-Reisezentren
- » Vertriebskanäle der Verkehrsunternehmen

49 EURO PRO MONAT

Das Ticket kostet zum Start 49 Euro pro Monat.

Im digitalen Abo, bundesweit gültig und monatlich kündbar.

Kinder bis einschließlich 5 Jahren dürfen kostenlos mitfahren.



GILT BUNDESWEIT

- » in Bussen
- » Straßenbahnen
- » U-/S-Bahnen
- » Regional-/Regionalexpress-Zügen*
- » einzelne Fähren

*Ausnahmen möglich



Endlich ist es so weit: Ab dem 1. Mai gibt es endlich das Deutschlandticket! Für 49 Euro kannst du quer durchs Land reisen oder einfach zur Arbeit. Egal wie du es nutzen möchtest, mit dem Deutschlandticket wird der Tarifrüschung deutlich gelichtet und der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) attraktiver. Außerdem wird mit dem Ticket klimafreundliche Mobilität gefördert. Wer weiß, vielleicht steigen durch das neue Deutschlandticket auch einige Menschen dauerhaft auf den ÖPNV um.

Das Deutschlandticket ermöglicht dir beliebig viele Fahrten im Nah- und Regionalverkehr in ganz Deutschland. Du kannst es in der App der Deutschenbahn, in DB-Reisezentren oder über die Vertriebskanäle der regionalen/kommunalen Verkehrsunternehmen kaufen. Übrigens: Kinder bis einschließlich fünf Jahren dürfen kostenlos mitfahren.

Das Ticket lässt sich monatlich kündigen. Es ist als digitales Ticket auf dem Handy und als Chipkarte verfügbar. Bis Ende des Jahres wird es das Deutschlandticket übergangsweise auch in Papierform geben.

Auf www.spd.de/deutschlandticket findest du alle wichtigen Infos zum Deutschlandticket und sogar ein Paar Reisetipps.

Deutschlandticket ist kein Ersatz für das Sozialticket

Das Deutschlandticket wird für viele Menschen eine finanzielle Entlastung darstellen. Und trotzdem gibt es noch jede Menge Menschen, in unserem Land, für die die 49 Euro nicht stemmbar sind. Diese Menschen dürfen wir nicht vergessen! Auch für diese Menschen braucht es gute Lösungen.

Der Nürnberger Stadtrat hat folgende Lösung beschlossen: Das Nürnberger Sozialticket wird ein auf 19 Euro ermäßigtes Deutschlandticket. Es gilt wie das 49-Euro-Ticket im bundesweiten öffentlichen Nahverkehr.

Menschen, die den NürnbergPass haben, können sich dieses Sozialticket kaufen. Jede Person, die Wohngeld bezieht, Grundsicherung im Alter oder Bürgergeld erhält aber auch Familien, die Kinderzuschlag oder Kita-zuschüsse erhalten haben einen Anspruch auf den NürnbergPass. Die Stadt übernimmt die Differenz zu den 49 Euro, die das normale Deutschlandticket kostet. Somit können wir noch mehr Menschen die Möglichkeit bieten, für einen günstigen Preis den ÖPNV in ganz Deutschland zu nutzen.

„Wann Bubatz¹ legal?“ diese Frage haben wir in Nürnberg seitdem die Ampel im Koalitionsvertrag angekündigt hat, die kontrollierte Abgabe von Cannabis erlauben, regelmäßig gestellt bekommen. In den vergangenen Wochen und Monaten hat sich einiges getan, weswegen wir auch im springenden Punkt darauf eingehen möchten.

Die prohibitionistische Drogenpolitik ist gescheitert

Mindestens 10 Prozent der deutschen Bevölkerung konsumieren trotz Strafbarkeit regelmäßig Cannabis. Der Konsum von Cannabis ist gesellschaftliche Realität und kann nicht ignoriert werden. Verbote und Kriminalisierung haben den Konsum nicht gesenkt, sie stehen einer effektiven Suchtprävention und Jugendschutz entgegen und binden enorme Ressourcen bei Justiz und Polizei. Ein neuer Umgang mit Cannabis ist daher der einzige Weg, um Jugendschutz und Gesundheitsschutz nachhaltig zu verbessern.

Dank der Arbeit unseres Gesundheitsministers Karl Lauterbach und der Bundesregierung im Bereich der Legalisierung von Cannabis konnte nun ein Weg gefunden werden, der uns in Deutschland einen großen Schritt näher an die Legalisierung von Cannabis bringt.

Die Partner*innen der Ampelkoalition haben folgenden Eckpunkte zur Legalisierung von Cannabis-Konsum vorgestellt, die im Optimalfall noch dieses Jahr beschlossen werden:

- > Der Besitz von bis zu 25 Gramm wird straffrei
- > Privat dürfen bis zu drei Pflanzen angebaut werden
- > In Cannabis-Clubs, sog. Social Clubs, darf gemeinschaftlich angebaut und an Mitglieder abgegeben werden (max. zwei Mal im Monat 25g (15g für U21))
- > Regelungen für den Straßenverkehr anpassen

Anschließend sollen auch regionale Modellversuche für einen kommerziellen Vertrieb gestartet werden, die fünf Jahre laufen sollen.

Mit der neuen Drogenpolitik wird auf Vernunft gesetzt, der Kriminalisierung wird endlich ein Ende gesetzt und der Jugendschutz wird in den Vordergrund gesetzt. Das Endziel dieser Strategie bleibt es, den Schwarzmarkt auszutrocknen.

Natürlich handelt es sich hier eher um eine Legalisierung Light. Eine umfassende Legalisierung ist aus europarechtlichen Gründen offensichtlich kurzfristig nicht umsetzbar.

¹ Bubatz: Der Ausdruck ist ein anderes Wort für einen Joint, also eine Zigarette, die Cannabis enthält. Er wird oftmals auch ganz allgemein für „Gras“, „Weed“ bzw. „Cannabis“ verwendet.

DROGENPOLITIK SOZIALDEMOKRATISCH GESTALTEN



Quellen: Canva.com

Um die Vision einer kompletten Normalisierung des Konsums und eines Vertriebs durch lizenzierte Fachgeschäfte zu ermöglichen, braucht es Mehrheiten für eine Progressive Drogenpolitik auf EU-Ebene. Dafür wird sich die SPD einsetzen.

Und wie schaut es Nürnberg aus?

Auch in Nürnberg beschäftigt uns das Thema. Wir als SPD Nürnberg finden, dass wir uns schon jetzt mit dem Thema Legalisierung auf kommunaler Ebene auseinandersetzen müssen, um im Vorfeld Strategien zu erarbeiten, wie wir mit den Plänen der Bundesregierung am besten umgehen werden.

Unsere SPD-Stadtratsfraktion hat aus diesem Grund einen Antrag vor dem Schul- und Jugendhilfeausschuss gestellt, der sich vor allem auf die Konsumkompetenz bezieht.

Im Zuge der kontrollierten Abgabe müssen die einhergehenden Veränderungen antizipiert und strategisch wie methodisch angepasst werden. Die gesamte Ausgangslage verändert sich durch die neuen Legalisierungspläne, weswegen eine gelingende Präventionsarbeit darauf ausgerichtet werden muss. Dabei gilt es vor allem, die Risikokompetenz im Konsum junger Menschen zu adressieren, zu entwickeln und zu fördern. Präventionsarbeit muss zwingend gestärkt und ausgebaut werden. Themen des Jugendschutzes, Beratungs- und Behandlungsangebote insbesondere für junge Menschen und deren Angehörige angepasst und entwickelt werden.

Aufklärung ist das eine, was dann real passiert, das andere. Ein regelmäßiges Monitoring mit Befragungen der Konsument*innen über ihren Konsum ist darüber hinaus wichtig. So ein Monitoringsystem sollte in Zusammenarbeit mit Bund und Land entwickelt werden und die Entwicklungen auf der kommunalen Ebene abbilden. Außerdem sollte eine Begleitforschung und die notwendige Finanzierung dazu geklärt werden. Eine valide kommunale Datenlage ist hierbei wesentlich für zielgenaue und bedarfsgerechte Angebote. Wir starten zum Glück nicht bei null. Es existieren bereits Methoden, Studien und Programme zu diesem Thema, darauf können wir aufbauen und den verantwortungsvollen Konsum fördern.

Man sieht, es tut sich einiges in Sachen Drogenpolitik und Cannabislegalisierung und es betrifft alle politischen Ebenen. Es bleibt weiterhin spannend und wir werden auch in Zukunft im springenden Punkt über dieses Thema berichten.

Aus dem Netz

Nasser Ahmed @nasser_spd

#Cannabis: Die #CSU ist ideologische #Verbotspartei. Zum Glück ist sie nur Juniorpartnerin in der #Opposition. Die Geschichte zeigt: Prohibition ist gescheitert. Die #SPD setzt daher auf Entkriminalisierung, Regulierung und Prävention.

SPD Soziale Politik für Dich.

EIN EUROPA, AUF DAS WIR STOLZ SEIN KÖNNEN, EIN EUROPA DER VISIONEN – EIN EUROPA, DAS BEGEISTERT!

von MATTHIAS DORNHUBER und ANIL ALTUN

Am 09. Mai feiern wir den Europatag. Vor 73 Jahren stellte der französische Außenminister Robert Schuman genau an diesem Tag seine Vision von einem zusammenwachsenden Europa vor. Das bildete die Geburtsstunde der Europäischen Einigung.

Seither hat sich daraus schrittweise die Europäische Union entwickelt. Von der tiefstehenden Überzeugung getragen, dass die großen Probleme der jeweiligen Zeit nur gemeinsam angegangen und gelöst werden können. Sie brachte uns nach Jahrhunderten der Kriege Jahrzehnte des Friedens und des großen Wohlstands. Die Europäische Union ist dabei stets in den Krisen gewachsen, sie ist ein einzigartiges Erfolgsprojekt. Darauf können wir stolz sein!



Nun stehen wir heute erneut vor großen Herausforderungen. Es herrscht Krieg im Osten unseres Kontinents, die Klimakrise spitzt sich zu, die Wirtschaft schwächelt und unsere Demokratien sind im Systemkampf gegen autoritäre Systeme. In diesen angespannten und schwierigen Zeiten müssen wir die Orientierung halten. Dabei ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die europäische Zusammenarbeit eine Herzensangelegenheit. Die Europäische Union ist für uns mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft zum Abbau von Handelshemmnissen, mehr als eine Bürokratie zur Vereinheitlichung von Regeln. Die Europäische Union ist für uns eine einzigartige Wertegemeinschaft. Ein Leuchtturm in der Welt für unsere Idee eines guten Zusammenlebens, für die Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaat und Sozial-

staat. Ein sozialdemokratisches Europa steht in der Welt für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, nach innen wie nach außen.

Wir beide sind überzeugt: Ein sozialdemokratisches Europa kann die Menschen begeistern, auch vor Ort! Es kann dafür sorgen, beispielsweise die kapitalistische Globalisierung, den Kampf gegen die Klimaerhitzung, die Digitalisierung und den demographischen Wandel sozial zu gestalten und dafür zu sorgen, dass aus technischem und wirtschaftlichem Fortschritt tatsächlich sozialer Fortschritt für alle wird. Das werden wir in den einzelnen Mitgliedstaaten allein nicht mehr schaffen. Unsere sozialdemokra-

tische Antwort auf die Globalisierung darf zum Beispiel nicht sein, soziale Standards abzubauen, um mit ärmeren Weltregionen zu konkurrieren. Stattdessen müssen wir die Stärke unserer Europäischen Union nutzen, um unseren Standards globale Geltung zu verschaffen: Arbeitnehmerrechten, Sozialversicherung und Mitbestimmung, Menschenrechte, Chancengleichheit und Solidarität. Nur gemeinsam in der Europäischen Union kann uns das gelingen. Unser Europa macht sich stark für die Schwachen, für Gleichstellung und Akzeptanz, und schützt die Menschenrechte aller. Unser Europa stellt sich klar gegen Nationalismus und Rechtspopulismus und feiert seine kulturelle Vielfalt und die internationale Zusammenarbeit. Unser Europa ist wirtschaftlich stark – aber unser Europa sorgt auch dafür, dass alle von ihrer Arbeit würdevoll leben und für ihre Familien sorgen können, dass sie für Alter und Schicksalsschläge abgesichert sind. Unser Europa ist auch ein Europa des Fortschritts und des sozialen Ausgleichs. Unser Europa begeistert.

Für dieses Europa wollen wir mit euch kämpfen und arbeiten, lasst es uns zusammen anpacken!

Matthias Dornhuber lebt in Fürth, ist seit 2000 Mitglied der SPD. Der Historiker, Politik- und Wirtschaftswissenschaftler ist Vorsitzender der SPD Fürth, Mitglied des Fürther Stadtrates und stellvertretender Landesvorsitzender der Bayern SPD. Seit Jahren gibt er Europa in unserer Partei die Bühne, die es verdient. Sei es als Kandidat zur Europawahl 2019 oder als Vorsitzender des Arbeitskreises Europa der SPD-Mittelfranken. In all seinen Funktionen setzt er sich beharrlich für ein soziales und fortschrittliches Europa ein. Deswegen bewirbt er sich erneut als Hauptkandidat zur Europawahl 2024.

Anil Altun kommt aus der Nürnberger Südstadt und ist mit 16 Jahren der SPD beigetreten. Seitdem übernimmt er Verantwortung, derzeit als Vorsitzender der Jusos Nürnberg und des SPD-Ortsvereins Gibitzenhof-Steinbühl-Werderau. Der 23-Jährige studiert Rechtswissenschaften an der FAU, mit einem europa- und völkerrechtlichen Schwerpunkt. Zuletzt absolvierte er für ein halbes Jahr zwei Praktika in Brüssel und lernte die Arbeit des Verbindungsbüros des Deutschen Bundestages und anschließend die der Ständigen Vertretung der BRD bei der EU kennen. Diese Erfahrung will Anil für die Partei nutzen und bewirbt sich als Huckepack-Kandidat fürs Europäische Parlament.

von GABRIELA HEINRICH, MdB

An immer mehr Stellen unseres täglichen Lebens spüren wir den Fachkräftemangel. Dieser ist ein Entwicklungshemmnis für unser Land und wird sich in den kommenden Jahren noch verschärfen. Was also tun?

Eingeschränkte Betreuungszeiten in der Kita, Unterrichtsausfall in der Schule, fehlende Pflegekräfte? Kein Auto einer Handwerkerfirma mehr ohne die Aufschrift „Kollege oder Kollegin gesucht!“. Gerichtsprozesse, die sich über Jahre hinziehen, weil das Personal fehlt. Der Fachkräftemangel in Deutschland zeigt in vielen Varianten zunehmend sein Gesicht. Das ist ein riesiges Problem, denn wir wollen in vielen Bereichen unseres Landes mit der Ampel Fortschritte erzielen. Nur: Dafür braucht es auch Menschen, die gestalten und anpacken.

Irgendjemand muss die neuen Wärmepumpen einbauen und Windräder installieren. Wir stellen für den sozialen Wohnungsbau Milliarden an Bundesförderung zur Verfügung – und trotzdem geht es nur schleppend voran. Als älter werdende Gesellschaft brauchen wir immer mehr Pflegekräfte, vor allem wenn wir das Betreuungsverhältnis weiter verbessern wollen. Wir haben beschlossen, dass mehr Kitas und Ganztagschulen entstehen sollen – auch dafür brauchen wir zusätzliche Kräfte, die neue Infrastruktur mit Leben füllen. Ohne zusätzliche Busfahrer*innen wird auch der ÖPNV nicht attraktiver.

Wir brauchen in ganz vielen Bereichen unseres Lebens mehr Beschäftigte. Gleichzeitig droht uns aber das Gegenteil: Aufgrund unserer älter werdenden Gesellschaft wird erwartet, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis zum Jahr 2030 um 3,9 Millionen Menschen sinkt. Im Jahr 2060 werden dann 10,2 Millionen weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter erwartet. Geburtenstarke Jahrgänge gehen in die wohlverdiente Rente.

Natürlich müssen sich Arbeitsbedingungen und Entlohnung in diversen Branchen weiter verbessern. Das alleine wird aber nicht reichen. Es ist auch nicht so, dass zum Beispiel niemand mehr Pflegekraft werden möchte. Die Zahl der Beschäftigten in der Pflege in ambulanten Diensten und stationären Einrichtungen hat sich zwischen 1999 und 2019 verdoppelt. Unser Problem: Der zusätzliche Bedarf wächst – nicht nur in der Pflege – noch schneller als die Zahl der neuen Beschäftigten. Was können wir also tun? Wir müssen besser werden, die Potenziale zu erschließen, die wir haben, um neue Fachkräfte für uns zu gewinnen:



WER MACHT DIE ARBEIT?

> Die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** muss weiter verbessert werden. Es sind vor allem Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit einschränken oder beenden, wenn Kinder geboren werden. Nicht immer freiwillig. Es braucht ein bundesweites Netz an verlässlicher, attraktiver und gebührenfreier Kinderbetreuung mit Betreuungszeiten, die Erwerbstätigkeit ermöglichen. Es braucht verlässliche Ferienbetreuung und mehr Ganztagschulen. Von Bundeseite unterstützen wir das alles seit Jahren. Unter anderem hatte die SPD den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule durchgesetzt, der ab 2026 gilt. Allein in der Großen Koalition hatten wir 3,5 Milliarden Euro für neue Ganztagschulen zur Verfügung gestellt. Gebührenfreie Kitas sind in SPD-geführten Bundesländern bereits Alltag. In Bayern werden dagegen die Familien noch immer bestraft, wenn sie sie nicht vollständig selbst betreuen. Das darf nicht so bleiben!

> **Bildung, Weiterbildung, Qualifizierung** – all das müssen wir weiter ausbauen. Und zwar auch für Ältere! Mit einem neuen **Weiterbildungsgesetz** wollen wir sicherstellen, dass in Zeiten der Digitalisierung niemand zurückgelassen wird. Dazu wollen wir eine bezahlte Bildungszeit ermöglichen, wenn der Arbeitgeber zustimmt. Ein Qualifizierungsgeld und eine Ausbildungs-garantie sind ebenso vorgesehen. Mit dem **Bürgergeld** haben wir den Fokus bereits neu gestellt: Ausbildung vor Vermittlung zugunsten nachhaltiger Berufschancen.

Anreize zur Weiterbildung durch ein Weiterbildungsgeld. Auch in Bayern verlassen noch immer viele Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Eine Milliarde Euro werden wir in ein **Startchancen-Programm** investieren. Das Geld soll bundesweit in rund 4.000 Schulen in schwieriger sozialer Lage investiert werden, zugunsten der Bildungschancen für benachteiligte Schüler*innen – auch in Bayern.

> Wir überarbeiten das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz**. Bei im Ausland anerkanntem Berufsabschluss und zwei Jahren Berufserfahrung soll auf die aufwendige Anerkennung von ausländischen Abschlüssen künftig ganz verzichtet werden können. Wir planen zudem eine **Chancenkarte** mit Punktesystem zur Arbeitsplatzsuche in Deutschland für Qualifizierte. Das alles wollen wir in diesem Jahr beschließen. Auf der von der SPD in der Großen Koalition durchgesetzten Ausbildungs- und der Beschäftigungsduldung haben wir zudem bereits mit dem **Chancen-Aufenthaltsrecht** aufgebaut: Geduldete können nach 18 Monaten ein dauerhaftes Bleiberecht bekommen. Gleichzeitig öffnen wir die Integrationskurse und damit die Sprachförderung von Anfang an.

Wir brauchen beides: Mehr Engagement und Förderung hierzulande, aber auch die Fachkräfte-Zuwanderung. Nur dann können wir das Land umbauen und Fortschritt erreichen – sei es für bessere Bildung und bessere Pflege, für das Handwerk oder für unseren Weg in ein klimaneutrales Land.

„DIE GEFAHREN DURCH RECHTSTERRORISMUS WURDEN ZU LANGE UNTERSCHÄTZT“

PODIUMSDISKUSSION ZUM UNTERSUCHUNGS-
AUSSCHUSS NSU II IM DOKUZENTRUM



von ARIF TAŞDELEN, MdL

Anlässlich der Wechsellausstellung „Rechtsterrorismus - Verschwörung und Selbstermächtigung — 1945 bis heute“, die im Oktober 2022 im Cube 600 des Memoriums Nürnberger Prozesse eröffnet wurde und noch bis September dieses Jahr zu sehen ist, fand am 16. März eine Podiumsdiskussion über den zweiten NSU-Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags statt. Diese wurde vom Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände und dem Memorium Nürnberger Prozesse veranstaltet und stand unter der Überschrift „Der 2. NSU-Untersuchungsausschuss — leere Versprechungen oder realistische Erwartungen?“.

Neben meiner Person waren Seda Basay-Yildiz, Rechtsanwältin der Nebenklage der Fa-

milie von Enver Simsek im NSU-Prozess, und Jonas Miller, Journalist beim Bayerischen Rundfunk und den Nürnberger Nachrichten, weitere Teilnehmer*innen auf dem Podium.

Vor etwa 60 Gästen entwickelte sich ein zweistündiger Austausch mit zahlreichen Fragen aus dem Publikum. Das zeigt, dass noch immer ein immenser Aufklärungsbedarf besteht.

Im Mittelpunkt der Diskussion war der erste Anschlag des NSU im Jahr 1999 sowie die darauf folgende Ermittlung der Staatsanwaltschaft. Damals wurde in der Pilsbar „Sonnenschein“ in der Nürnberger Scheuerstraße eine Bombe getarnt als Taschenlampe installiert, die Mehmet O. auslöste und, wegen der fehlerhaften Konstruktion, schwerverletzt überlebt hat. Bis heute bleibt die Frage unbeant-

wortet, warum die zuständige Staatsanwältin wegen „fahrlässiger Körperverletzung“ ermittelte und die Untersuchung nach einem halben Jahr wieder eingestellt hat. Diese Frage stellt sich nicht nur deshalb, weil diese Vorgehensweise mehr als unangemessen war, sondern auch weil jene Behörden bei einer Ermittlung auf Grundlage eines anderen Tatbestands, wie „versuchten Mordes“, vielleicht eine Verbindung zur Garagendurchsuchung in Jena ein Jahr zuvor hätten herstellen können. Damals wurden in der Garage von Beate Zschäpe Bomben, TNT und rechtsextreme Materialien sichergestellt. Für mich ist diese Vorgehensweise bis heute nicht nachvollziehbar und ein Justizskandal. Eine Erkenntnis aus diesem zweiten Untersuchungsausschuss, die sich an diesem Abend herauskristallisierte, ist die, dass diese Mordserie eventuell hätte verhindert werden können, wenn damals anders ermittelt worden wäre.

Darüber hinaus thematisierten die Moderatorinnen, Lena Mariama Meinhold und Mina Bajalani, die Fragen, wie viel Aufklärung dieser Ausschuss leisten kann und welche realistischen Erwartungen an das Untersuchungsergebnis gestellt werden können. Grundsätzlich ist die Arbeit in diesem Gremium sehr zeitintensiv — etwa vergleichbar wie die Arbeit in zwei Ausschüssen — und die Ergebnisse mancher Vernehmungen ernüchternd. Dennoch sind wir den Opfern, ihren Angehörigen und allen Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet, nichts unversucht zu lassen, um weitere Kenntnisse über die Arbeit des NSU zu erfahren. Denn ein zentrales Ziel dieser Aufklärungsarbeit besteht auch darin, rechtsextreme Strukturen — vor allem in Nürnberg — aufzudecken und rechtzeitig zu bekämpfen. Leider wissen wir heute, dass die Gefahr des Rechtsterrorismus zu lange unterschätzt wurde — das muss uns eine Warnung sein!

Dieser Untersuchungsausschuss ist nur noch wenige Monate, bis zum Ende dieser Legislaturperiode, eingesetzt. Bisher fanden 26 Sitzungen statt, es verbleiben noch bis zu 23 weitere, bis schließlich ein Abschlussbericht erstellt wird. In der Diskussion habe ich auch deutlich gemacht, dass es voraussichtlich keinen dritten NSU-Untersuchungsausschuss geben wird. Daher werden wir noch Beate Zschäpe vorladen — und dazu wohl nach Chemnitz reisen. Ich verstehe alle Bürger*innen, die diese Vernehmung kritisch sehen — auch in der Fraktion haben wir über Vor- und Nachteile dieser Vernehmung diskutiert. Andererseits ist sie nunmal die letzte Überlebende des einstigen NSU-Trios und wir müssen als politische Entscheidungsträger*innen unser Möglichstes tun, um so viel wie möglich aufzuklären.

von STEFAN SCHUSTER, MdL

SPD fordert verbindlichen Fahrplan für Barrierefreiheit in Bayern

2013 hat der frühere CSU-Ministerpräsident Horst Seehofer versprochen, Bayern binnen zehn Jahren, also bis 2023, komplett barrierefrei zu machen. Mittlerweile hat sich abgezeichnet, dass Bayern noch meilenweit von diesem Ziel entfernt ist. Nicht nur im öffentlichen Nahverkehr fehlt es immer noch vielerorts an barrierefreien Bahnhöfen, auch in den bayerischen Kultureinrichtungen hat der Rechnungshof nun erhebliche Defizite bei der Barrierefreiheit festgestellt. 77 Prozent der untersuchten Kultureinrichtungen haben nicht einmal ein Konzept, wie die Barrierefreiheit im eigenen Haus verbessert werden kann. Manchmal hapert es bereits an simplen Dingen: So verfügen 40 Prozent der Kulturstätten nicht einmal über Behindertenparkplätze. Auf Anfrage der SPD gibt die Staatsregierung zu diesen Missständen nur an, dass das Ziel von 2013 zu ambitioniert gewesen sei. Ein Aktionsplan oder gar ein Konzept, um endlich umfassende Barrierefreiheit zu schaffen, existiert offensichtlich nicht. Bereits zu den Haushaltsberatungen haben wir ein Konzept zur Förderung des barrierefreien Ausbaus von Kliniken und Arztpraxen vorgelegt, das CSU und Freie Wähler abgelehnt haben. Nun fordern wir von den Regierungsfractionen und der Staatsregierung, dass endlich ein Fahrplan vorgelegt wird, wie die beschriebenen Missstände überwunden werden können.

Energiedesaster CSU

Wenn es um eine gute und sichere Energieversorgung in Bayern geht, dann ist auf die CSU keinen Verlass. Die Äußerungen Markus Söders zeigen immer und immer wieder, dass der Staatsregierung energiepolitisch jeglicher Plan fehlt. Mal abgesehen von der Tatsache, dass Söder wie eine Fahne im Wind mal gegen und dann wieder für die Kernkraft ist, wird in Bayern weiterhin der Ausbau erneuerbarer Energien komplett versäumt. Bis heute wurden unter der CSU-Freie-Wähler-Koalition nur 41 Windräder in Bayern gebaut. Das ist ein Desaster! Zum Vergleich: Brandenburg ist nur halb so groß. Dort wurden aber im gleichen Zeitraum 343 neue Windkraftanlagen errichtet. Aber nicht nur die Windkraft muss in Bayern endlich priorisiert werden. Auch in anderen Feldern der erneuerbaren Energien besteht dringender Handlungsbedarf. Bayern hat großes Potential, viel CO₂-neutrale Energie selbst zu erzeugen. Ein Beispiel ist die Geothermie. Forscher*innen der TU München haben erst im Dezember berechnet, dass bis zu 40 Prozent des gesamten bayerischen Wärmebedarfs allein durch tiefe Geothermie in Südbayern gedeckt werden

KURZBERICHTE AUS DEM LANDTAG

könnten. Dazu kommen erhebliche Potentiale in Nordbayern, die bisher überhaupt noch nicht genutzt werden. Aber auch diese Möglichkeit, eine klimaneutral und bezahlbare Wärmeversorgung zu sichern, wird durch die Staatsregierung einfach ignoriert. Erforderlich wäre, dass es Untersuchungen und Bohrungen gibt, dass digitale Geothermie-Daten für ganz Bayern für alle zur Verfügung stehen. So könnten zum Beispiel auch Geothermie-Vorrang-Gebiete ausgewiesen werden. Die Staatsregierung steht hier jedoch blank da.

Um in Bayern endlich eine Energiewende zu schaffen, ist es Zeit, dass die CSU endlich aus der Verantwortung gewählt wird. Nicht nur um die Preise für die Verbraucher zu senken, auch um den Wirtschaftsstandort Bayern zu sichern, ist endlich eine zukunfts-gewandte fortschrittliche und vor allem zuverlässige Energiepolitik notwendig und die gibt es nur mit der SPD.

Untersuchungsausschuss zum Zukunftsmuseum in Nürnberg

In einem Untersuchungsausschuss im Bayerischen Landtag versuchen wir gemeinsam mit den Fraktionen der Grünen und der FDP die Vorgänge rund um die Standortwahl für das Zukunftsmuseum in Nürnberg zu klären. Es steht der Verdacht im Raum, dass insbesondere von Markus Söder massiv Einfluss auf die Wahl des Standorts am Augustinerhof genommen wurde. Hierbei wurde ein Mietvertrag über 25 Jahre geschlossen, den der Bayerische Rechnungshof als Vermieter*innen-freundlich

und zu teuer einstuft. Circa 200 Millionen Euro Miete hätte eingespart werden können. Besonders brisant ist dabei, dass der Vermieter Gerd Schmelzer in zeitlichem Zusammenhang mit dem Vertragsabschluss der CSU zwei Großspenden zukommen ließ. Der Untersuchungsausschuss konnte bereits aufklären, dass das Finanzministerium, das zur Zeit der Vergabe von Markus Söder geleitet wurde, trotz Zuständigkeit des Wissenschaftsministeriums immer wieder starken Einfluss auf Entscheidungen zum Zukunftsmuseum genommen hat. Mehrere Beamte haben bestätigt, dass das Finanzministerium direkte Anweisungen zur Standortwahl gegeben hat. Bezüglich der Parteispenden hat die Debatte im Ausschuss in den letzten Wochen stark an Fahrt aufgenommen. Das liegt insbesondere daran, dass die CSU gemeinsam mit den Freien Wählern regelmäßig wichtige Beweisanträge blockiert. Aber auch die Staatsregierung hält wichtige Akten und Unterlagen ohne triftige Gründe zurück. Wichtig ist, herauszufinden, wie viel Geld Gerd Schmelzer noch an die CSU gespendet hat und ob ein Fall unzulässiger Parteispenden vorliegt, die möglicherweise als Gegenleistung für den Vertragsabschluss überwiesen wurden. Wegen zwei Beweisanträgen haben wir nun den Bayerischen Verfassungsgerichtshof angerufen. Bezüglich weiterer Untersuchungen, darunter zum Beispiel einer Razzia in der CSU-Parteizentrale, behalten wir uns weitere Schritte vor. Es ist eindeutig, dass die CSU hochnervös hinsichtlich unserer Untersuchungen zum Zukunftsmuseum ist. Als SPD-Landtagsfraktion werden wir nicht lockerlassen, bis eine vollständige Aufklärung erreicht ist.

90 JAHRE STURM AUF DIE GEWERKSCHAFTSHÄUSER

EIN PFEILER DER DEMOKRATIE WIRD GEWALTSAM EINGERISSEN

von BERND HAMPEL

Diktaturen und Despoten fürchten sich vor nichts so sehr, wie vor starken Gewerkschaften, eingebettet in eine aktive Zivilgesellschaft. Andersherum sind Gewerkschaften Stützpfeiler der Demokratie. Die Nazis ließen sich nach der Machtübertragung 1933 am 1. Mai noch für die Einführung des „Tages der nationalen Arbeit“ beklatschen, um dann am 2. Mai die Gewerkschaftshäuser durch SA und SS besetzen zu lassen und die Gewerkschaften zu verbieten. Damit wurde ein zentraler Stützpfeiler der Demokratie brutal eingerissen, auch hier bei uns in Nürnberg.

In den Monaten vor diesem Verbrechen an der Demokratie zögerten die Gewerkschaften, sich offensiv gegen Hitler und die NSDAP zu stellen. Die Gründe dafür waren vielfältig. Viele dachten zunächst nicht, dass es tatsächlich zu einem Verbot der Gewerkschaften und brutalen Verbrechen kommt. Andere argumentierten gegen eine direkte Konfrontation aus Angst, dass die Nazis eine Konfrontation als Vorwand nehmen könnten, gegen die Gewerkschaften vorzugehen. Wieder andere sahen die Verfas-

sung durch die Machtübertragung an die Nazis nicht gebeugt oder gebrochen und sahen daher keine Grundlage für politische Arbeitskämpfe. Und natürlich spielte es eine große Rolle, dass aufgrund der Massenarbeitslosigkeit viele Mitglieder Anfang der 1930er Jahre arbeitslos waren. Das zögerliche Verhalten hatte zur Folge, dass die Nazis sehr schnell gegen die Organisationen vorgehen, die ihnen gefährlich werden konnten. Der Sturm auf die Gewerkschaftshäuser und das Verbot der Gewerkschaften markierten dann das Ende einer effektiven Arbeiterbewegung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges.

Viele Gewerkschafter*innen, Sozialdemokrat*innen und Kommunist*innen litten nach dem Verbot unter Repressalien, Verfolgung und Zwangsinternierung. Viele starben in den Konzentrationslagern der Nazis. Aus einer Gesellschaft, in der Protest und Diskussion dazu gehörten, wurde ein Staat, der eine sogenannte „Volksgemeinschaft“ mit einem Führerprinzip etablierte. Dies, kombiniert mit der abartigen Ideologie der Nazis, führte zu den unaussprechlichen Verbrechen, die von 1933 bis 1945 begangen wurden.

Nach Kriegsende 1945 und Gründung der Republik 1949 wurden auch die Gewerkschaften offiziell neu gegründet. Es ist bezeichnend, dass der DGB in Bayern von Sozialdemokraten, CSU Mitgliedern und Kommunisten gegründet wurde. In den politischen Ausrichtungen und Überzeugungen getrennt, war man sich einig, dass die größte Bedrohung der Demokratie rechts steht und man nie wieder eine faschistische Diktatur zulassen möchte. Dieser Geist trägt die Gewerkschaften bis heute. Auch hier in Nürnberg stehen die Gewerkschaften bis heute an der Spitze antinationalistischer, antirassistischer und antifaschistischer Bündnisse.

Für die SPD im Bund, im Land und auch hier in Nürnberg ist der Schulterschluss mit den Gewerkschaften wichtig. Zunächst natürlich, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern. Aber eben auch, um gemeinsam die Demokratie, die nie an einem Werkstor enden darf, gegen Angriffe zu verteidigen. Die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht sind für uns als Sozialdemokratie daher aus diesen Gründen nicht verhandelbar.

Es ist auch das Vermächtnis derer, die den Terror der Nazis überlebten, die Gewerkschaften in der Mitte der Gesellschaft als Pfeiler der Demokratie zu erhalten und zu stärken. Oder um es mit Dr. Hans Böckler, dem ersten Vorsitzenden des DGB und Sozialdemokraten, zu sagen: „Bürger, nicht Untertanen wollen wir sein.“

VORSTAND DER AG

60PLUS ERNEUT BESTÄTIGT

von GABI PENZKOFER-RÖHRL

Auf der Jahreshauptversammlung der AG 60plus wählten die Genoss*innen erneut Gabi Penzkofer-Röhl als Vorsitzende und Erika Faul sowie Abdurrahman Gümrükcü als ihre Stellvertreter*innen. Die Arbeit als Schriftführer wird Patricio Salinas in bewährter Weise fortsetzen. Die Beisitzer*innen Anna Köpnik, Helga Lehneis-Maier, Dieter Mederer, Dieter Oehler und Klaus Forster vervollständigen den erweiterten Vorstand.

Wir haben auf unserer JHV mehrere Anträge verabschiedet, deren Umsetzung wir sukzessive weiterverfolgen und umsetzen werden.

Senior*innenpolitik mehr in den Fokus stellen

Wir freuen uns sehr, dass dieser Antrag auch auf der JHV des Unterbezirks angenommen wurde und zukünftig einmal im Jahr ein öffentliches SPD-Forum zu seniorenpolitischen Themen unter Einbeziehung der AG 60plus stattfinden wird. Wir sehen dabei Politik für Senior*innen nicht nur auf die „klassischen“ Themen wie Pflege, Versorgung oder Altersarmut reduziert (wobei dies auch wichtige Themen für die Jüngeren sind), sondern verstehen sie als Querschnittsaufgabe, die alle Politikfelder umfasst.

Bessere Absicherung des Service- oder Betreuten Wohnens

Ebenfalls angenommen wurde unser Antrag, der sich an die Landtags- und Bundestagsfraktion richtet: wir benötigen dringend auf Landes- und Bundesebene verbindliche Regelungen für das „Servicewohnen“ bzw. das „Betreute Wohnen“, um die Bewohner*innen besser abzusichern. Bei dieser durchaus sinnvollen Alternative zum Verbleib in der bisherigen Wohnung oder dem Heim fehlt es nämlich an gesetzlichen Vorgaben, wie es sie z.B. für die verschiedenen (Pflege)Heime mit dem Heimgesetz bzw. dem Bayerische Pflege- und Wohnqualitätsgesetz gibt. Die Kommune hat hier keine Regelungskompetenz.

Mit diesem Thema werden wir uns in diesem Jahr weiter beschäftigen, sehr gerne auch in Zusammenarbeit mit dem StadtseNIorenrat, der hier sehr aktiv ist. Wir werden in einer der nächsten Ausgaben des DSP darüber berichten.

Mitwirkungsrechte der Senior*innen in Bayern stärken

Ein weiteres Thema, das für uns Senior*innen in Bayern sehr wichtig ist, ist das sogenannte Bayerische Seniorinnen- und Seniorenmitwirkungsrechtsgesetz, das im März nach langer Diskussion gegen die Stimmen der SPD und Grünen verabschiedet wurde – nachdem ein Gesetzentwurf der SPD abgelehnt wurde, der im Gegensatz zu dem nun geltenden Gesetz, die Mitwirkungsrechte der Senior*innen auf allen Ebenen gesichert hätte. Anders als die guten Beteiligungsmöglichkeiten des StadtseNIorenrates hier in Nürnberg, erfüllt das Gesetz die Teilhabe der Älteren in keinsten Weise, da es nur Kann-Bestimmungen enthält und die bewährten Strukturen der LandesseNIorenvertretung Bayern e.V. (LSVB) quasi zerschlägt. Wir werden das zum Wahlkampfthema machen und planen eine Demo am 21. Juli anlässlich des Besuchs von Markus Söder beim Sozialverband VdK in Nürnberg. Im nächsten DSP erhalten Sie genauere Informationen zum Gesetz und unseren Aktionen.

Offlinern die Teilhabe am Parteileben ermöglichen

Nicht so glücklich sind wir darüber, dass unser Antrag, der Genoss*innen ohne digitale Anbindung (die sogenannten „Offliner“) die Teilhabe am Parteileben und den Zugang zu Informationen der SPD Nürnberg besser ermöglichen sollte, nur in abgeschwächter Form angenommen wurde. Wir hatten u.a. gefordert, dass der Jahresbericht des Unterbezirks den OV's zusätzlich in ausreichender Anzahl auch als Printausgabe zur Verfügung gestellt wird – dies geschieht nun nur auf Wunsch des einzelnen Mitglieds. Es ist also notwendig, dass alle, die eine Printausgabe des Jahresberichts wünschen, dies dem Unterbezirk mitteilen.



Die AG 60plus hatte die Einladungen an Interessierte ohne Mailadresse auch als Brief versandt. Dies ist seit über einem Jahr nicht mehr möglich. Die Einladung erfolgt seither per Mail an alle Ü60-Genoss*innen und wir werden unsere monatlichen Treffen mit dem jeweiligen Thema im springenden Punkt veröffentlicht. All diejenigen, die keinen Internetzugang haben und deshalb per Brief eingeladen werden wollen, melden sich bitte bei Gabi Penzkofer-Röhl.

Und das Gute zum Schluss: zukünftig wird es im DSP eine Seite zu seniorenpolitischen Themen geben, nicht nur als Info, sondern wir fordern zur Diskussion ausdrücklich auf!

Nur gemeinsam geht es voran

Wichtig ist uns aber auch die Zusammenarbeit mit den Jusos, denn um die Zukunft schlagkräftig zu gestalten, geht es nur gemeinsam: Jung und Alt, Frau und Mann, mit der Generationen- und Geschlechterperspektive!

Gabi Penzkofer-Röhl
Tel.: 0911 33 00 90
gaperoe@t-online.de



Einladung zur AGS-Jahreshauptversammlung 2023

Gründungssitzung mit Wahlen der Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen (AGS) Nürnberg
Karl-Bröger-Zentrum (Raum Käthe-Strobel), Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg

Dienstag, 23. Mai 2023, ab 19:00 Uhr

Vorläufige Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Konstituierung
 - a. Wahl der Mandatsprüfung- und Wahlkommission
 - b. Wahl der Versammlungsleitung
 - c. Beschlussfassung über Geschäfts- und
3. Wahl des Vorstandes
 - a. Wahl des/der Vorsitzenden
 - b. Wahl der zwei stellvertretenden Vorsitzenden
 - c. Wahl des/der Schriftführer*in
 - d. Wahl der Beisitzer*innen wird vor der Wahl festgelegt

4. Delegiertenwahlen
 - a. Wahl von 8 Delegierten zur Landeskonferenz
5. Ggf. Antragsberatung
6. Sonstiges
7. Schlusswort

Solltet ihr Fragen haben, oder Anträge zum Beschluss auf der Gründungssitzung stellen wollen, sendet diese bitte vorab an roland@weiniger.de

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
Verantwortlich: Andreas Mittelmeier
Redaktion: Nasser Ahmed, Vanessa Kurowski, Oguz Akman
Grafische Gestaltung: Michael Graf
Korrektorat: Dagmar Köhnlein
Redaktionsanschrift: der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg
E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de
Tel.: 0911 - 438960
Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.
Auflage: 5.500 Exemplare



Herzliche Einladung zum Monatstreffen der AG 60plus

Datum: Dienstag, 23. Mai 2023
Uhrzeit: 14:30
Ort: Raum Käthe Strobel, Karl-Bröger-Zentrum Nürnberg
Weitere Infos: gaperoe@t-online.de oder 0911 33 00 90



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



Mittwoch, 22.06.2022 ab 19.00 Uhr / Willy-Pröiß-Saal, KBZ

Info-Veranstaltung zum Frankenschnellweg

Der AK Umwelt zusammen mit dem OV Gibitzenhof-Steinbühl laden alle interessierten Genoss*innen ein, sich im Vorfeld des auf der JHV zugesagten Parteiausschuss zum Frankenschnellweg, im Juli oder September 2022, vorab über unsere Sicht der Dinge zu informieren.

Wir möchten euch erläutern, was unserer Meinung nach gegen die Pläne des geplanten kreuzungsfreien Ausbaus spricht und mit euch über alternative Ideen diskutieren, die u.a. schon seit einiger Zeit existieren.

ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / MAI 2023

03.05.2023 – 19:30 Uhr

**SPD Laufamholz:
Mitgliedertreffen**

Restaurant Hammerschmiede,
Laufamholzstraße 300

05.05.2023 – 17:00 Uhr

**MindestTon:
Chorprobe**

Tagungsraum Käte Strobel,
Karl-Bröger-Zentrum

08.05.2023 – 19:00 Uhr

Jusos: Montagssitzung

Tagungsraum Käte Strobel,
Karl-Bröger-Zentrum

09.05.2023 – 19:30 Uhr

SPD Fischbach: Mitgliedertreffen

TSV Altenfurt, Wohlaue Straße 16
(Skizimmer)

09.05.2023 – 19:30 Uhr

**SPD Nordbahnhof-Vogelherd:
Im Gespräch mit Lisa Ries**

Gaststätte "Wäi Daham"
Pilotystr. 44, 90408 Nürnberg

12.05.2023 – 16:00 Uhr

**SPD Nordostbahnhof:
Frühjahrsputz im Stadtteil**

Leipziger Platz, 90491 Nürnberg

12.05.2023 – 17:00 Uhr

MindestTon: Chorprobe

Tagungsraum Käte Strobel,
Karl-Bröger-Zentrum

15.05.2023 – 19:00 Uhr

Jusos: Montagssitzung

Tagungsraum Käte Strobel,
Karl-Bröger-Zentrum

16.05.2023 – 18:00 Uhr

**SPD Langwasser Info:
Bürgerversammlung**

Gemeinschaftshaus Langwasser,
Großer Saal, Glogauer Straße 50

17.05.2023 – 19:00 Uhr

**SPD Hummelstein: Mitglieder-
versammlung mit MdB Gabriela Heinrich**

Wirtshaus Galvani, Galvanistr. 10,
90459 Nürnberg

17.05.2023 – 19:00 Uhr

AK Umwelt: Mitgliederversammlung

Tagungsraum Käte Strobel,
Karl-Bröger-Zentrum

19.05.2023 – 16:00 Uhr

SPD Nordostbahnhof: Infostand

ZA-RA Markt Leipziger Platz 1-3
90491 Nürnberg

19.05.2023 – 17:00 Uhr

MindestTon: Chorprobe

Tagungsraum Käte Strobel,
Karl-Bröger-Zentrum

20.05.2023 – 11:00 Uhr

SPD Nordostbahnhof: Infostand

MERCADO Äußere Bayreuther Str. 80

22.05.2023 – 14:00 Uhr

SPD Langwasser unterwegs:

**"Ausgrenzung. Aufstieg. Agonie. Jüdi-
sches Vermächtnis für Nürnberg"**

Spezialführung durch unser Mitglied
Ulrike Heß / Treffpunkt: Tucherschloss

22.05.2023 – 19:00 Uhr

SPD Lichtenhof: Mitgliederversammlung

Thema: Planung Landtagswahlkampf
Gemeindezentrum der Evang.-Luth.
Kirchengemeinde Nürnberg-Lichtenhof
(1. Stock, Plenarsaal)

22.05.2023 – 19:00 Uhr

Jusos: Montagssitzung

Tagungsraum Käte Strobel,
Karl-Bröger-Zentrum

23.05.2023 – 14:30 Uhr

AG60plus: Mitgliedertreffen

Tagungsraum Käte Strobel,
Karl-Bröger-Zentrum

24.05.2023 – 18:00 Uhr

AG für Bildung: Mitgliederversammlung

Tagungsraum Käte Strobel,
Karl-Bröger-Zentrum

24.05.2023 – 19:00 Uhr

SPD Gibitzenhof-Steinbühl:

Wohnen in Bayern

Forderungen der SPD zur Landtagswahl

Tagungsraum Käte Strobel,
Karl-Bröger-Zentrum

25.05.2023 – 19:00 Uhr

Parteiausschuss

26.05.2023 – 17:00 Uhr

MindestTon: Chorprobe

Tagungsraum Käte Strobel,
Karl-Bröger-Zentrum

27.05.2023 – 16:30 Uhr

Kirchweih Laufamholz

16:30 Uhr Kirchweihumzug
Treffpunkt zum Umzug: 16:00 Uhr
Parkplatz des SVL Schupferstraße 81,
90482 Nürnberg

Montag, 29.05.23 ab 10 Uhr:

Ökumenischer Gottesdienst (Festzelt)

**Bitte beachten, dass es zu terminlichen
Abweichungen kommen kann. Bitte in-
formiere dich rechtzeitig bei deinen Orts-
vereinsvorsitzenden oder im SPD-Büro,
ob der jeweilige Termin stattfindet.**